



Foto: André Zöfel

Die Europäische Modernität entwickelte sich im Spannungsfeld von wirtschaftlicher Freiheit und staatlicher Einheit, sozialer Gleichheit und solidarischer Gemeinschaft. Zwischen Markt und Staat entstand dabei ein Bereich selbstorganisierter Solidarität: Vereine, Verbände, Genossenschaften, Stiftungen – der sogenannte „Dritte Sektor“. Im gegenwärtigen Europa kommt es aus dieser Tradition heraus zu neuen, oft grenzübergreifenden Formen selbstorganisierten und selbstbewußten Engagements – wie den Initiativen des „Public-private partnership“ und den „Neuen sozialen Bewegungen“. Die Organisationsfragen, Motivationsprofile und Legitimationsprobleme der auf Ehrenamt und freiem Engagement gründenden Vereinigungen sind das Untersuchungsfeld einer international vergleichenden Drittsektorforschung, die bei den Unterschieden in den sozialen und politischen Kulturen Europas ansetzt.

Subsidiäre Solidarität zwischen Markt und Staat

Der Dritte Sektor in den institutionellen Kulturen Europas

Von Eckart Pankoke

Die institutionellen Kulturen Europas kennzeichnet die Verbindung struktureller Rationalität mit personaler, politischer und sozialer Freiheit: Im programmatischen Horizont der „Ideen von 1789“ entwickelte sich europäische Modernität in den Spannungen von wirtschaftlicher Freiheit und staatlicher Einheit, sozialer Gleichheit und solidarischer Gemeinschaft. In diesem Rahmen verband sich moderne Staatsräson mit politischer Freiheit zu demokratischer Legitimität. Dazu bot der offene Markt einen produktiven Rahmen wirtschaftlicher Liberalität. Aber auch der „zwischen Markt und Staat“ sich entwickelnde Dritte Sektor selbstorganisierter Solidarität prägte die politischen und sozialen Kulturen des modernen Europa.

Damit manifestiert sich die europäische Idee der Freiheit nicht nur in personaler Identität, wirtschaftlicher Liberalität, demokratischer Legitimität oder kultureller Kreativität. Auch über das „Medium Solidarität“ steuern sich moderne Sozialkulturen, wenn Gemeinschaft und Gemeininn sich finden und über die moderne Assoziationsfreiheit selbstorganisierter Solidarität dauerhafte Bindungen eingehen. Im alten Europa war dies vorbereitet in den traditionellen kommunalen und korporativen Freiheiten von Gemeinden, Stiftungen oder Genossenschaften. Modernere Formen der Vermittlung von Gemeinschaft und Freiheit entwickelten sich mit den freien Vereinigungen und sozialen Bewegungen des Europäischen Revolutionszeit-

ters. Heute, im zusammenwachsenden Europa, kommt es zu neuen, oft grenzübergreifenden Initiativen selbstbewußten und selbstorganisierten Engagements – im „Public-private partnership“ einer aktiven Gesellschaft.

Dieser Rahmen einer selbstorganisierten oder selbstgesteuerten Solidarität begründet sich ordnungspolitisch über Prinzipien der Subsidiarität, also über einen prinzipiellen Vorrang personaler Netzwerke gegenüber den funktional geschalteten Apparaten der Organisationsgesellschaft. Dieses auf europäischer Ebene in den Verträgen von Maastricht institutionell bestätigte und bekräftigte Prinzip einer subsidiären Solidarität prägte Europa auf allen Ebenen durch die solidarischen Kräfte des Selbst.

Die heute überall in Europa als Dritter Sektor diskutierte Selbstorganisation bürgerschaftlichen Gemeinsinns versteht sich als Antwort auf die Schwellen und Krisen der industriellen Moderne. Gleichwohl weisen die Programme und Probleme bürgerschaftlicher Autonomie historisch tief zurück: vor die Bürgerliche Moderne in das Ordnungsdenken und Gemeinschaftsleben des alten Europa. Viele auch heute noch beschworene Leitbegriffe freien Engagements fanden ihre Prägung im Ethos ständischer Ordnung, das gilt für das traditionelle Verständnis von „Ehre“ und „Treue“, „Innung“ und „Stiftung“, „Verein“ und „Verband“, „Freiheit“ und „Bindung“, „Gemeinschaft“ und „Genossenschaft“ und „Corporation“ und „Communio“.

In solchen Traditionen fand Verbindlichkeit ihren sozialen Grund in der selbstverständlichen Verbundenheit sozialer Nähe: Bindungen waren anzunehmen als gottgewollt oder naturgegeben, als „Schicksal“ und nicht als von Menschen gemachte „Geschichte“. Nicht nur die „Freiheiten“, auch die „Gemeinschaften“ gründeten in einer gestandenen Ordnung der Selbstverständlichkeit institutioneller Kultur.

Auf diesem historischen Grund spiegelt die Programmgeschichte gesellschaftlicher Selbstorganisation die Schwellen und Krisen europäischer Modernisierung. Dies ist aufzuzeigen an den Gründungskonstellationen und Entwicklungsperspektiven von Stiftungen, Genossenschaften, Selbstverwaltungen und Ehrenämtern, freien Vereinigungen und sozialen Bewegungen. Dabei geht es nicht mehr nur um Organisationsfragen der inneren Verfassung freier Träger. Immer brisanter werden zugleich auch die Relationsprobleme im komplex vernetzten Beziehungs- und Spannungsfeld zwischen den selbstaktiven Kräften sozialen Engagements und den sich weitenden Mächten von Markt und Staat.

Freies Engagement: zwischen „funktionalem Dilettantismus“ und „extra-funktionaler Freiheit“

Die Organisationsfragen, Motivationsprofile und Legitimationsprobleme der auf Ehrenamt und freiem Engagement gründenden Vereinigungen, Stiftungen und sozialen Bewegungen sind längst Thema einer international vergleichenden Drittsektorforschung. Dabei sind die nationalen Besonderheiten des Assoziationsrechts, wie auch nationale Unterschiede der sozialen und politischen Kulturen zu berücksichtigen. Schon die in den europäischen Sprachen unterschiedlichen Bezeichnungen für die Akteure des „Ehrenamts“ wie „volunteers“ (engl.), „dilettanti“ (ital.) oder „vrijwilligers“ (ndl.) verweisen auf Eigenheiten der sozialen und politischen Kulturen. Im Englischen unterscheidet sich der „volunteer“ vom „honorable official“. In Deutschland trennt die Fachwelt den „alten“ vom „neuen Ehrenamtlichen“ und unterscheidet dabei zwischen „Ehrenamt“ (in der Verantwortung strategischer Entscheidung) und „Freiwilligenarbeit“ (in der „front-line“ problemnaher Dienstleistung); andere Unterscheidungen markieren Spannungen zwischen „Ehre“ und „Engagement“, zwischen „Dienst“ und „Selbstbezug“. (JAKOB 1993)

In der aktuellen Praxis der (Selbst-)Organisation freien Engagements – von den Sportvereinen über Wohlfahrtsverbände und Kulturinitiativen bis hin zu operativen und strategisch aktiven Stiftungen – wird allerdings bewusst, dass mit der Modernisierung der Gesellschaft(en) deren moderne Bürger offensichtlich immer weniger zu bewegen und zu begeistern sind, sich in der Verbindlichkeit eines traditionellen Ehrenamtes auf Dauer zu binden. Für Leute von heute bietet ein „Ehrenamt“ offensichtlich nicht mehr „Ehre“, sondern wird eher belächelt als wertvoller und selbstloser Einsatz, der ohne „Geld“ wenig „Sinn“ macht.

Die freien Kräfte, die im Sinne sozialer „Selbstbestimmung“ aktiv werden, sehen sich nur zu oft auf „Selbstausschüttung“ zurückgeworfen. In unserer modernen und mobilen Welt, in der Verbindlichkeiten immer mehr wegemodernisiert wurden, muss dann auch die wertrationale Bindung von „Amt“ und „Ehre“ als irrational und dysfunktional erscheinen.

Die Grenzen und Krisen ehrenamtlicher Verwaltung und Verantwortung beobachtete schon MAX WEBER; seine Kritik an den Dysfunktionalitäten von Honorariatenpolitik macht heute unter der polemischen Problemformel des „funktionalen Dilettantismus“ neu die Runde. So wird die „Krise des Ehrenamts“ in den Feldern gesellschaftlicher Selbstorganisation und öffentlicher Selbstverwaltung zur praktischen Frage nach neuen Wegen der Personal- und Organisationsentwicklung. Dies aber verstärkt die Spannungen zwischen den Professionellen und den voluntären und partizipativen Vertretern freier Initiativen. Daher sind heute die diesen Prozessen zu Grunde liegenden Organisations- und Kommunikationsformen neu zu gestalten. Dies gilt besonders für die Rekrutierung, Qualifizierung und Motivierung eines aktiven, kreativen und engagierten Personals – im haupt- wie ehrenamtlichen Bereich.

Neue Arbeit: Soziales Kapital und gesellschaftliche Produktivität

Der historische Rückblick auf die Entwicklungen des Dritten Sektors in den Gesellschaften Europas kann deutlich machen, dass Konzepte genossenschaftlicher Selbsthilfe und staatlich subventionierter „Assoziation der Arbeit“ als aktive Antwort auf die „Krisen der Arbeitsgesellschaft“ praktische Relevanz hatten. Auch in den Beschäftigungskrisen der gegenwärtigen postindustriellen Moderne richtet sich arbeits- und gesellschaftspolitisches Interesse auf die besonderen Möglichkeiten

des Dritten Sektors, die Organisation von Arbeit mit neuen Assoziationsmodellen sozialer Selbstorganisation zu verbinden.

Gerade wenn die sozialen Barrieren struktureller Arbeitslosigkeit die Chancen verbauen, über den Arbeitsmarkt „Arbeit für alle“ garantieren zu können, kommt es darauf an, jenseits der nun enger schließenden „Grenzen“ der industriellen Arbeitsgesellschaft neue Wege hin zu einer Aktivgesellschaft zu finden. Dies wird auch jenen Menschen, deren Erfahrungen und Fähigkeiten sich auf dem Arbeitsmarkt rein wirtschaftlich nicht mehr rechnen, Chancen eröffnen, ihr soziales Kapital als *Kompetenz* zu erfahren.

Im Rahmen des gesellschaftspolitischen Engagements von freien Trägern und freien Initiativen des Dritten Sektors in den Krisen der Arbeitsgesellschaft bietet besonders das Konzept genossenschaftlicher Selbsthilfe und Selbstorganisation eine konstruktive Perspektive für Initiativen assoziativer Beschäftigung „jenseits von Markt und Staat“. Damit gewinnt der Dritte Sektor als institutioneller Rahmen für einen „zweiten Arbeitsmarkt“ aufs Neue praktisches Interesse: Vor diesem Hintergrund wird die Formel von der „aktiven Gesellschaft“ für die neuen Programme der Selbsthilfe auch zur Herausforderung, auf öffentliche Anerkennung und die Förderung ihrer sozialen Aktivitäten und Aktivierungen zu setzen. In diesem Bereich gibt es heute überall in Europa richtungweisende soziale Experimente am Rande der Arbeitsgesellschaft. Die Programme und Probleme dieser Wege in die aktive Gesellschaft markiert die Studie des italienischen Soziologen ENRICO TALIANI (Universität Pisa) „Marginalità sociale e nuova progettualità“ (Pisa 1996), die sich – sinngemäß übersetzt – mit „sozialer Randständigkeit und projektivem Aufbruch“ beschäftigt.¹

Auch in Deutschland kommen heute weniger Impulse und Initiativen

auf dem Wege zur „aktiven Gesellschaft“ aus den Apparaten staatlicher Macht oder den sicheren Kernen der Arbeitsgesellschaft als aus den „zweiten“ und „dritten Wegen“ des Verbundes von Drittem Sektor (zum Dritten Sektor als „dritter Kraft“ vgl. STRACHWITZ 1998) und zweitem Arbeitsmarkt (vgl. TRUBE 1997).

Auch im europäischen Rahmen werden die Potentiale der Selbstorganisation in die Implementation einer supranationalen Gesellschaftspolitik einbezogen werden. Dies dokumentiert die im Amsterdamer Vertrag 1997 vereinbarte gemeinsame Aktion gegen die Exklusion gesellschaftlicher Randgruppen. Dabei geht es gewiss zunächst um die Beschäftigungsfrage an den Rändern der Arbeitsgesellschaft. Gefördert werden aber auch Bildungs- und Beratungsangebote zur Organisations- und Personalentwicklung von Drittsektororganisationen. So wurde die Programmatik „from exclusion to full participation“ bewusst nicht nur als Beschäftigungsprojekt, sondern als Bildungsprojekt angelegt, das soziale Randgruppen in ihrer sozialen Kompetenz und ihrem politischen Engagement stärken soll.

In den Niederlanden wird in diesem Zusammenhang beispielhaft versucht, die Rand- und Problemgruppen des Arbeitsmarktes (zunächst für ein partizipatives Engagement im Dritten Sektor zu qualifizieren, zu motivieren und zu aktivieren. Auch wer durch Schließung des Erwerbssektors von sozialer Ausgrenzung bedroht ist, soll so über die im Dritten Sektor mögliche Kompetenzerfahrung mit sozialem Kapital auch an Selbst- und Sozialvertrauen gewinnen können, auf dem dann auch die Suche nach einer Beschäftigungschance im Erwerbssektor aufbauen können. In den inzwischen gelaufenen Projektwellen können jeweils 350 Personen betreut werden. Die Auswertung der ersten Welle ermutigt zur Weiterführung und zur Übertragung dieses Modells auch auf andere

europäische Regionen; der Erfolg ist beeindruckend: Über 80 Prozent der betreuten Personen sind aktiv in einer Selbsthilfegruppe auf Ortsebene, etwa 20 Prozent haben durch Unterstützung einen bezahlten Job gefunden, manche haben eine Ausbildung oder ein Studium aufgenommen (BOTHMER 1999: 54). Vielleicht war es entscheidend für den Erfolg dieser Bildungsinitiative, dass dieses Projekt im Sinne des Prinzips einer solidar-partnerschaftlichen Steuerung vorsah, die jeweiligen Lernziele zwischen professionellen Ausbildern und den betroffenen (oder auch ehemaligen) Arbeitslosen auszuhandeln.

Andere Programme fördern die Organisationsentwicklung von Initiativen gesellschaftlicher Selbstorganisation auf dem Weg zum wirtschaftlich selbstständigen sozialen Unternehmen durch Beratung: Ein Beispiel ist das in den südeuropäischen Ländern erfolgreiche Projekt OKAPI. Der mit diesem Namen symbolisierte Bezug auf ein auscheinbar unterschiedliches Tierarten vermittelndes Zwischenglied der Evolution zielt auf die Kombination einer Mischstruktur, bei der sich die Solidarität einer assoziativen Vereinigung und die Produktivität eines wirtschaftlichen Unternehmens verbinden sollen: „OKAPI wurde geschaffen, um die Umwandlung von Verbänden und Freiwilligenorganisationen zu Sozialunternehmen zu untersuchen und zu vertiefen. (...) OKAPI möchte den Vereinigungen und Freiwilligenorganisationen technische Unterstützung bieten, sobald diese beschließen, den Schritt zum Übergang zu Formen des Sozialunternehmens zu vollziehen.“ (CRUCIANI 1999: 63)

Überall in Europa wird deutlich, dass gerade auf der Basis einer „lokalen Ökonomie“ das „soziale Kapital“ der Non-Profit-Organisationen des Dritten Sektors mit Entwicklungsprogrammen der lokalen Wirtschaftsförderung vermittelt werden kann. Dabei sind unterschiedliche korporative Akteure (wie Genoss-



Illustration: Andre Yuen/Gunter Liebsmann

senschaften und Stiftungen, freie Träger und Initiativen der verbandlichen Wohlfahrtspflege, Kirchen und kulturelle Felder, aber auch Handwerkskammern und Gewerkschaften, kommunale Sozialverwaltung und die lokale Stufe der staatlichen Arbeitsverwaltung, oft auch Institutionen der Erwachsenenbildung und Hochschulen) miteinander zu verknüpfen. Richtungsweisend für solche Konstellationen ist die Zusammenarbeit all dieser Institutionen im Rahmen sogenannter „Beschäftigungspakte“ (wie etwa der „Essener Konsens“), die sich, herausgefordert durch die lokale Beschäftigungskrise und die Berufsnot vieler Hochschulsolventen, jeweils „vor Ort“ zusammengefunden haben. Auch auf internationaler Ebene ist dieses Konzept eines lokalen Beschäftigungspaktes gewürdigt worden. So kam eine dazu richtungsweisende OECD-Studie (1998) zu dem Ergebnis, „daß lokale Pakte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit um so effizienter arbeiten, je offener sich die institutionalisierten Träger und Verantwortlichen für die Einbeziehung und Mitarbeit sozialer Gruppen und Akteure zeigen, die konstitutiv sind für das lokale Gemeinwesen und einen wichtigen Bestandteil der lokalen Ökonomie ausmachen.“ (EVERS 1999: 98)

Andere Konstruktionen der Mischträgerschaft und der Mischfinanzierung finden sich in Programmen der ökologischen, kulturellen und ökonomischen Erneuerung der durch wirtschaftliche Strukturkrisen betroffenen oder bedrohten Stadtteile oder – wie das Beispiel der „Internationalen Bauausstellung Esmerpark“ demonstriert – den Programmen zur Veränderung ganzer Industrieregionen in den strukturschwachen Regionen Europas. Solche „Mehrgesellschaftskonstruktion(en)“ (en) zugleich helfen sicherzustellen, daß die Verpflichtung auf ein mehrdimensionales Zielkonzept, auf wirtschaftliche und soziale Ziele, Qualitätsziele für Kunden und Qua-

lizierungsziele für Beschäftigte tragend bleibt.“ (EVERS 1999: 100)

Die beschäftigungspolitischen Effekte solcher Verbundprojekte machten Mut, dazu förderliche Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene zu institutionalisieren: Im Rahmen der bereits 1993 unter DELORS programmatisch begründeten Entwicklungsperspektive einer europäischen „Neuen Sozialwirtschaft“ („Economie Sociale“) ging es um lokale oder territoriale Beschäftigungspakte, in denen für die „aktive Gesellschaft“ der „aktivierende Staat“ gefordert wurde (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1998). Dabei sollte öffentliche Förderung (nicht zuletzt durch EU-Mittel) bewirken, dass in partnerschaftlicher Kooperation von staatlichen Impulsen und gesellschaftlichen Initiativen, die neuen Formen der Mischfinanzierung und der Mischträgerschaft eine Basis schaffen sollten, auf der „solidarische Orientierungen an den Bedürfnissen sozial- und ein-kommenschwacher Bevölkerungsgruppen und eine erhebliche unternehmerische Risiko- und Innovationsbereitschaft einander ergänzen statt ausschließen sollten“. (EVERS 1999: 102)

Im Blick auf eine neue „Arbeits-tteilung“ in „Erwerbsarbeit“ und „Eigenarbeit“, „Solidararbeit“ und „Bürgerarbeit“ gewinnen auch traditionelle wie alternative Formen der Genossenschaft sozialwirtschaftliches Interesse, zumal vom Prinzip der „freien Assoziation“ sich viele einen Ausweg aus den Krisen einer festgefahrenen „Organisation der Arbeit“ versprechen wollen.

Neue soziale Bewegung: Aktionspotentiale sozialer Reflexivität

Waren die klassischen sozialen Bewegungen der industriellen Arbeitsgesellschaft fixiert auf die primär materiell definierten Klassenlagen von Kapital und Arbeit, so unterscheiden sich davon heute die „neuen sozialen Bewegungen“, die sich

nicht allein an der „alten Politik“ der arbeitersgesellschaftlichen und wohlfahrtspolitischen Verteilungskämpfe orientieren. Diese Fronten materieller und weitgehend auch quantifizierbarer Interessen werden zunehmend überlagert durch eine „neue Politik“ der („post-materialistischen“) Auseinandersetzung um Qualitäten des Lebens. Die neuen sozialen Bewegungen wollen die situative Betroffenheit und engagierte Bewegtheit sozialer Bedürfnisse, Hoffnungen oder auch Ängste artikulieren, organisieren und über die Herstellung von oft subkultureller und subversiver Öffentlichkeit als „neue Politik“ politisieren. Neue soziale Bewegungen agieren für „nachhaltige Entwicklung“ und gegen die etablierten Systeme, die sich in ihren Umweltproblemen und Zukunftsfolgen nicht mehr verantworten lassen. So geht es bei allen neuen sozialen Bewegungen um die Wechselwirkung von subjektiver (Mit-)Betroffenheit und einem kollektiv zu organisierenden Engagement für Alternativen zu den herrschenden Mustern und Mächten. So wie die Ökologiebewegung ein neues Verhältnis technischer Systeme zur natürlichen Umwelt anstrebt, geht es der Alternativbewegung vor allem um eine Umwertung im Verhältnis von Arbeit und Leben. So setzt die Selbsthilfebewegung auf eine neue „Kultur des Helfens“, die Frauenbewegung auf Umwertungen im Geschlechterverhältnis und die Friedensbewegung auf eine neue Verständigung der Völker. Während die alten sozialen Bewegungen auf die Veränderung der Produktionsverhältnisse fixiert blieben, setzen die neuen sozialen Bewegungen immer auch auf eine neue Kultur der menschlichen und gesellschaftlichen Re-Produktion. Die fordert eine kommunikative Kultur der Begegnung, Auseinandersetzung und Verständigung; Dialog und Diskurs, Interaktion und Reflexion.

Längst weitete sich der Horizont neuer sozialer Bewegungen in europäische, ja globale Dimensionen der

Weltgesellschaft. Mit der Globalisierung von Massenkommunikation, welche kulturelle Impulse weltweit durchschlagen lässt, muss sich Betroffenheit von systemischer Benachteiligung und solidarische Mitbetroffenheit heute weltweit orientieren, organisieren und aktivieren. Auch hier formieren sich globale Bewegungen im Dritten Sektor als weltweit operierendes Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der natürlichen Grundlagen des Lebens (vgl. Greenpeace, WWF, Amnesty International).

Neue Räume und Horizonte: Der Dritte Sektor im inter- und supranationalen Transformationsprozess

Auf geschichtlichem Grund der europäischen Traditionen einer bürgerschaftlichen Sozialkultur (von der antiken Polis über die stadt- und wirtschaftsbürgerliche Selbstorganisation der Zünfte, Genossenschaften und Stiftungen des Mittelalters und der frühen Neuzeit über die freien Vereinigungen und sozialen Bewegungen der bürgerlichen Gesellschaft bis hin zu aktuellen „Alternativen“ der Selbst- und Solidarhilfe) gewinnen die Assoziationsformen bürgerschaftlichen Engagements neue Aktualität in dem sich „zwischen Markt und Staat“ – heute auch auf europäischer Ebene – neu formierenden Dritten Sektor gesellschaftlicher Selbstorganisation.² Im internationalen Vergleich, wie auch im Vergleich zwischen nationalstaatlichen und europäischen Entwicklungen interessieren die unterschiedlichen kulturellen Prägungen und institutionellen Bedingungen für Vereinswesen und Ehrenamt, für aktives Engagement und freie Initiative. Die neuen Organisations- und auch Relationsmuster von „Non-Profit“ und „Non-Governmental Organizations“ (NPOs, NGOs) sind zu beobachten an den korporativen Akteuren des wohlfahrtsstaatlichen Korporatismus, an Stiftungen, an Genossenschaften, an Alter-

nativarbeit und Kulturinitiativen, wie auch an neuen Gruppierungen konfessioneller Kultur – oder auch an den bürgerschaftlichen Formen eines kommunalen Kommunitarismus.

Die europäische Weitung der politischen und ökonomischen, wie auch der kulturellen Horizonte bringt auch die Organisationen und Relationen des Dritten Sektors unter Modernisierungsdruck. Dabei bedeuten die europäischen Schwellen auch eine Herausforderung und Chance: In den gesellschaftspolitischen „Policy“-Feldern der „Cultur- und Wohlfahrtszwecke“, worauf im 19. Jahrhundert das „Gesetz wachsender Staatstätigkeit“ und die Frage nach subsidiärer Gegensteuerung bezogen war, zeigen sich heute die Grenzen der klassischen Rationalität von Staaten und Märkten zunächst im europäischen und zunehmend auch im globalen Horizont. Gerade wo die Grenzen staatlicher Souveränität und nationaler Märkte sich öffnen, sind Drittsektororganisationen besonderes gefordert und auch geeignet, eine grenzübergreifende Ebene der Problemwahrnehmung und Problembearbeitung aufzubauen.

Weil in den sensiblen Feldern sozialer Probleme längst deren europäische, ja globale Wechselwirkungen bewusst werden, auf internationaler Ebene aber eine dafür zuständige Staatlichkeit nicht entwickelt werden kann (oder auch: soll), spricht vieles dafür, die selbstorganisierten Ressourcen und Potentiale des Dritten Sektors aktiv in die Verantwortung zu nehmen. Dass der Dritte Sektor sich darauf einlässt, zeigt sich schon daran, wie zügig sich seine Organe und Organisationen – ganz anders als die staatlichen Verwaltungen – bereits auf europäischer Ebene grenzübergreifend formiert haben. Dies schafft zugleich auch ein Gegengewicht zur explosiven Dynamik globaler Märkte, wie sie sich in Europa auf den sich ausweitenden Sozialmärkten bereits abzeichnen.

Sozialwissenschaftliche Theorien moderner Gesellschaftspolitik³ haben in kulturvergleichender Betrachtung nationaler und übernationaler Wohlfahrtskulturen⁴ darauf hingewiesen, dass die Probleme wie die Programme bei ihren unterschiedlichen nationalen und regionalen Umständen in ihren strukturellen Prämissen wie kulturellen Perspektiven zu unterscheiden sind. Dazu hat die „Soziologie sozialer Probleme“ bewusst machen können, dass soziale Notlagen auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlicher Ausrichtung öffentlich als „soziales Problem“ problematisiert und so auch sozialpolitisch als Politikum behandelt werden können. Dabei bestimmte sich die Perspektive jeweils über die Definitions- und Konstruktionsprozesse sozialer Normalität bzw. politischer Legitimität.⁵ So wurden in den unterschiedlichen nationalen und regionalen Kontexten Europas die Krisen arbeitersgesellschaftlicher Modernität in unterschiedlichen Perspektiven als „soziale Frage“ zum Problem und Politikum „gemacht“, um die institutionellen Antworten sozialer Politik – mit Hilfen, Diensten und Kontrollen – zu programmieren.⁶

Im europäischen Einigungsprozess interessiert allerdings nicht nur der Vergleich der unterschiedlichen nationalen Modernisierungspfade und Wohlfahrtsysteme. Zugleich stellt sich die Frage, inwieweit sich eine transnationale Ebene der Wohlfahrtspolitik und ihrer korporativen Akteure durchsetzt, deren Strukturen und Kulturen die nationalen Prägungen überlagern und durchdringen könnten.⁷

Nicht nur die sozialen Probleme aber sind in ihren spezifisch europäischen Perspektiven herauszuarbeiten; auch im Blick auf die Programme und Potentiale der sozialpolitischen Problembearbeitung sind europäische Besonderheiten zu profilieren. Dabei gewinnen die europäischen Traditionen kommunaler und korporativer Selbstverwaltung aktu-

elle Bedeutung im Dritten Sektor, also der Selbstorganisation bürgerschaftlichen Engagements „zwischen Markt und Staat“.

Zugleich stellt sich die Frage nach den Spannungen zwischen der Ebene der nationalen und regionalen Verschiedenheiten und den sich gesamteuropäisch institutionalisierenden Potentialen und Perspektiven. Gerade wenn wir die wohlfahrtskulturelle Entwicklung des Dritten Sektors beobachten, lassen sich – über allen nationalen Unterschieden – Tendenzen einer „europäischen“ Regulierung, Normalisierung und Koordination von Drittsektoraktivitäten herausarbeiten.

Auch wenn die institutionelle Bedeutung von Eigeninitiative und Selbstorganisation als partizipative Vertiefung demokratischer Modernität in allen politischen Kulturen Europas wirksam ist und die ordnungspolitische Verbindung von Solidarität, Pluralität und Subsidiarität auch in den Verträgen und Verfassungen der europäischen Ebene institutionell gewürdigt wird, sind doch die unterschiedlichen nationalen Prägungen und Entwicklungen zu beachten.

Die sozialwissenschaftliche Verbändeforschung verweist dazu im europäischen Vergleich auf die unterschiedlichen Ausprägungen von Zentralismus, Föderalismus und Korporatismus.⁸ Zu beachten ist das nach regionalen politischen Kulturen unterschiedliche Gewicht kommunaler und regionaler Interessen oder auch das unterschiedlich gestaltete Verhältnis von Staat und Kirche, konfessionalistischen, ökumenischen oder auch laizistischen Kulturen. Es wird zu untersuchen sein, inwieweit diese Profile in den Transformationsprozessen der europäischen Integration sich halten, steigern oder verändern können.

Vermutlich wird gerade auch für die Modernisierung des Dritten Sektors der europäische Trend zu beachten und zu verdeutlichen sein, dass Traditionalität in Rationalität

überführt wird – und Rationalität im Rahmen institutioneller Reflexivität wieder relativiert wird.

Supranationale Koordination: der Dritte Sektor auf europäischer Ebene

In der inneren Verfassung des europäischen Einigungsprozesses gewinnt der Dritte Sektor selbstorganisierten Engagements zunehmend an institutioneller Bedeutung – bewusst auch als Gegenkraft zu einem befürchteten „eurokratischen“ Zentralismus. Darauf zielte grundsätzlich das in den europäischen Verträgen von Maastricht bestätigte Prinzip der „Subsidiarität“, das nun in weiterführender institutioneller Ausgestaltung in den sich abzeichnenden Regelungen und Einigungen des Dritten Sektors zu konkretisieren ist.

Auf die sozialen Probleme der im Schatten von Modernisierungsprozessen sich weitenden Diskriminierung und Marginalisierung soll nun der Dritte Sektor selbstorganisierter Engagements im Sinne europäischer „sozialer Grundrechte“ eine Antwort weisen: Dies gilt für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, wie für die Modernisierung sozialer Dienste und kultureller Entwicklungen.

Der hierzu bereitgestellte europäische Sozialfonds könnte für Initiativen und Aktivitäten des Dritten Sektors – nun im europäischen Maßstab – eine operative Basis bieten, was zugleich aber auch die institutionelle Konsolidierung und Regulierung voraussetzen muss: Hinzuweisen ist auf die Einbeziehung der NGOs in die neue Gemeinschaftsinitiative EQUAL zum Abbau von Diskriminierungen des Arbeitsmarktes unter Verwendung von Sozialfondsressourcen durch kommunale Initiativen und selbstorganisierte Projekte. Hier wird die Vermittlungschance der NGOs ausdrücklich anerkannt: „NGOs haben Pionierarbeit geleistet. (...) Die öffentlichen Einrichtungen müssen dies verstärkt

aufgreifen und lernen und sollten Wissen und Einsatz der NGOs systematischer in ihrer Systeme einarbeiten“, so der zuständige EU-Kommissar FLYNN in seinem programmatischen Grußwort zu der von der Europäischen Kommission, dem deutschen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) gemeinsam getragenen Internationalen Konferenz „Organisationen, Initiativen und Dienste im sozialen Bereich – ein Motor der Sozialpolitik in Europa“ (Aachen, Mai 1999). „Wohlfahrtsorganisationen und karitative Einrichtungen, NGOs und der gesamte Freiwilligenbereich sind unbestreitbare Komponenten des Hilfesystems, das wir benötigen, um die Auswirkungen von Benachteiligung, Diskriminierung und Ausgrenzung zu bekämpfen. Sie sind der erste Anlaufhafen. Und leider oft auch der einzige für die verletzlichsten Menschen in unserer Gesellschaft. Sie übernehmen auch die wichtige Funktion der Anwaltschaft für jene, die ansonsten über keine Stimme in der Gesellschaft verfügen. (...) Wenn die Politik die Belange dieser ausgegrenzten Menschen aufgreifen soll, dann müssen die Zuständigen von ihnen lernen und sie (die NGOs) müssen lernen, mit ihnen als Partnern zu arbeiten.“ (FLYNN in: BmFSFJ 1999: 12).

Hintergrund der institutionellen Aufwertung der NGOs im neuen Europa ist ihr Bemühen um die Selbstorganisation einer Europäischen Plattform. Hier markierte das Europäische Sozialforum (März 1996) einen zukunftsweisenden Auftakt. 1997 wurde dazu der neue Budgetposten „Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden und NGOs“ eingerichtet, im selben Jahr wurde der EU-Kommission der Bericht über die Rolle der freiwilligen Organisationen und Stiftungen als offizielles Dokument vorgelegt. Neue institutionelle Rahmenbedingungen zur aktiven Rolle der NGOs

zwischen Markt und Staat verankert der Amsterdamer Vertrag (Juni 1997), dessen Programme gegen soziale Ausgrenzung (Art 137) und gegen Diskriminierung (Art 13) bewusst unter Partizipation und Kooperation der NGOs umgesetzt werden sollen.

Damit sind die europäischen Perspektiven für selbstorganisiertes Engagement zwischen Markt und Staat ambivalent zu beurteilen: Zwar bedeuten die Prozesse der Europäischen Einigung eine Steigerung der Komplexität politischer Systembildung und zugleich eine Ausweitung der Dynamik des Marktsystems, in welches zunehmend auch traditionelle „NPO-Bereiche“ hineingezogen werden. Die Abwanderung einst freier Träger in die erwerbswirtschaftliche Privatisierung lässt sich gerade im Gesundheitsbereich beobachten: vom kleinen Pflegedienst bis zum durchrationalisierten Krankenhaus erwachsen den freien Trägern kommerzielle Konkurrenten. Die mit der Europäisierung weiter gespannte Mobilität und gesteigerte Dynamik eines alle Grenzen durchbrechenden Marktsystems bedrohen damit die traditionelle Selbstgenügsamkeit der etablierten Drittsektororganisationen. Zumindest gewinnt auch im Dritten Sektor das Steuerungsmedium Geld eine zentralere Bedeutung, wie es in Deutschland mit der Rationalisierung der Kranken- und Pflegeversicherungen spürbar vorangetrieben wird. Gerade im Gesundheitsmarkt wird mit zunehmender Europäisierung die Dynamik steigen.

Längst sind die letzten Schranken gefallen, die das nationale Sozial- und Gesundheitswesen einst vor europäischer Konkurrenz geschützt hatten. So hat der Europäische Gerichtshof die in der deutschen Pflegegeldversicherung zunächst gebotene Bindung des Pflegegeldes an das nationale Territorium (§34 SBlG) aufgehoben. Damit können Geldleistungen und geldwerte Ansprüche grenzüberschreitend exportiert werden. Diese

nun auch auf dem Gesundheitsmarkt wirksamen europäischen Koordinaten und Konkurrenzen könnte den jeweils heimischen Anbietern zur drückenden Bedrohung werden.

Aber auch hinsichtlich der Ebene der politischen Steuerung fördern komplexer werdende Relationsmuster von den Akteuren gesellschaftlicher Selbstorganisation in Europa eine neue Reflexivität. Dies gilt gerade dann, wenn die Potentiale der Selbstorganisation in der Implementierung einer europäischen Gesellschaftspolitik einbezogen werden, wie es nun im neuen Rahmen des im Amsterdamer Vertrages 1997 als gesellschaftspolitische Antwort auf die überall in Europa drohende Exklusion gesellschaftlicher Randgruppen institutionell verbindlich wurde.

Neben der Stabilisierung der Organisation nach „innen“ durch die Profilierung der produktiven Qualität und der kulturellen Identität, stabilisieren NGOs heute ihre Relationsmuster in der Spannung zu Markt und Staat über die Entwicklung europäischer Netzwerke: Gefördert wird dieses durch Plattformen des professionellen Austausches und der Aushandlung strategischer Positionen. Dazu gehören auch die Einrichtungen zur Koordination und öffentlichen Präsentation gemeinsamer Interessen gegenüber dem politischen System und seinen gesellschaftlichen Umwelten. Diese entwickeln sich gegenwärtig als institutioneller Rahmen des stattfindenden Dialogs, etwa bei den Verhandlungen über den Einsatz des Europäischen Sozialfonds oder über die Umsetzung der im Amsterdamer EU-Vertrag verabschiedeten Artikel gegen soziale Ausgrenzung und für die Einbindung von Randgruppen.

Auf diese Weise ist die Institutionalisierung transnationaler Aktivitäten und Kooperationen im Bereich des Dritten Sektors inzwischen zügig vorangetrieben worden. Dies zeigen beispielhaft auch einige der längst auf europäischer Ebene aktiven Konstruktionen:

- CWC (Community Workers' Cooperative): In Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen geht es um die Bearbeitung von Problemen sozialer Ausgrenzung. Dazu sind Staat, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände mit Akteuren des Dritten Sektors an einen Tisch zu bringen.
- EQUAL: Gemeinschaftsinitiative zum Abbau von Diskriminierungen des Arbeitsmarktes unter Verwendung von Sozialfondsressourcen durch kommunale Initiativen und selbstorganisierte Projekte.
- PERCO (Platform for European Red Cross Cooperation on Refugees): Hier geht es um grenzübergreifende Projekte der Flüchtlingshilfe, aber auch Initiativen zu Fragen von Migration und Asyl.

Gewiß werden manche europäische Entwicklungen zu einer gesteigerten Mobilität, Komplexität und Abstraktheit „großer Systeme“ im Blick auf die Qualitäten des sozialen Lebens auch mit Sorge betrachtet. Doch sollte gerade dies zur Herausforderung werden, gegenüber einer in ihrer Komplexität gesteigerten „Staatlichkeit“ und einer verschärften Marktdynamik die besonderen Ressourcen und Potentiale von NGOs und NPOs neu zu identifizieren und zu aktivieren.

Zum anderen könnte die gesteigerte Mobilität der europäischen Arbeits-, Güter- oder auch Wohnungsmärkte dazu führen, dass in einer immer „abstrakter“ werdenden Gesellschaft die sozialräumliche Veränderung des sozialen Lebens an Verankerung des sozialen Lebens an traditionelle Milieus eingebundenen bodenständigen Mitgliederorganisationen.

Doch zugleich kommt es zu Gegenbewegungen – so ist gegenwärtig etwa eine Belebung der europäischen Vereinslandschaft beobachtbar. Vielleicht gerade deshalb, weil die Mitgliedschaft im Verein ein Gegengewicht gegenüber der drohenden Anonymisierung von Großgesellschaften verspricht: „Die Vereinsdichte hat sich seit 1960 in Deutsch-

land verdreifacht, in Frankreich und Österreich finden sich ähnliche Zahlen. Das gewiß: wir sind immer häufiger Mitglieder in immer mehr Vereinen, die aber immer weniger die Großvereine oder Gemeinschaften sind, die in ihrer jetzigen Verfassung aus dem industriellen Zeitalter stammen. Die Vereinslandschaft wandelt sich.“ (ANHEIER 1999: 20). Dabei weisen die im europäischen Kontext neu orientierenden Strategien im Dritten Sektor nationale Besonderheiten auf:

- Als „Economie sociale“ präsentieren sich Konzepte, deren sozial- oder gemeinwirtschaftlichen Strukturen sich bewusst im Kontrast zu den Marktmechanismen des Wirtschaftssystems definieren.

- Die programmatische Tradition der freien „Assoziation“ – oft bewusst im Abgrenzung zu Staat und Kirche gesetzt – signalisiert eine gerade in den südeuropäischen Regionen Italiens und Spaniens zu beobachtende Erneuerung genossenschaftlicher Werte und Muster.
- Als „Local contracts“ präsentiert sich in England ein „New Deal“ von „Public-private partnerships“ – gerade im kommunalen Kontext.

- In Deutschland schließlich gewinnen ordnungspolitische Traditionen einer Kombination der Prinzipien Solidarität, Subsidiarität, Pluralität neu an Bedeutung

Möglicherweise kann die Europäisierung aber auch die in den nationalen Wohlfahrtskulturen verfestigten Entwicklungssperren des Dritten Sektors neu fördern und damit fördern.

- In Frankreich ist ein – im dort klassischen Etatismus verankertes – staatliches Misstrauen gegenüber bürgergesellschaftlichen Initiativen zu überwinden.

- In Deutschland hat die bewusst gepflegte Wertbindung der Wohlfahrtsverbände als „Idealevereine“ (im Unterschied zu Wirtschaftsvereinen) die Aktivierung wirtschaftsrationaler Steuerungsmodi im Dritten Sektor lange blockiert.

- In England versperrte die große Tradition einer auf privaten Eigenmitteln gründenden „Charity“ lange den Anspruch auf öffentliche Subsidien.

An all diesen Fronten könnte die Europäisierung – nicht nur über die neuen Geldquellen europäischer Sozialfonds – neue Perspektiven eröffnen: „Europa bietet also die Chance, das auf europäischer Ebene zu erreichen, was staatliche und auch verbändliche Politik und Interessenslagen auf nationaler Ebene verhindern oder zumindest erschweren. Europa bedeutet in vieler Hinsicht eine Politik der Deregulierung und Entflechtung. (...) So werden in den kommenden Jahren viele Freiräume von und in Europa geschaffen werden, die zu Umstrukturierungen ja Umwälzungen auf nationaler Ebene führen“. Gerade im Dritten Sektor: „Europa bietet dem Dritten Sektor die Chance, aus nationalstaatlichen und industrie-gesellschaftlichen Strukturen herauszuwachsen, sich gleichsam zu regenerieren, um somit das zivilgesellschaftliche Fundament einer zukünftigen europäischen Gesellschaft zu bilden.“ (ANHEIER 1999: 21)

Auch für die „innere“ Entwicklung Europas verspricht die im Dritten Sektor entwickelte soziale und politische Kultur „die Chance, über den gemeinsamen Markt und über gemeinsame politische Institutionen hinausgehend, der Idee einer europäischen Gesellschaft Sinn, Struktur und Leben zu geben – (als) Ausdruck einer reflexiven, souveränen Gesellschaft.“ (ANHEIER 1999: 21)

Summary

Against the background of the “ideas of 1789” European modernity has developed within the interactional focus of economic freedom and national unity, of social equality and a mutually supportive community. Another feature influencing the political and social cultures of mod-

ern Europe is the “third sector”, or self-organized solidarity, that has been emerging from “between market and state”.

The ground for all this was broken in pre-revolutionary Europe through the traditional freedoms of communities, foundations and co-operatives. In present-day Europe, this tradition has led to new, cross-border forms of self-confident and self-organized commitment. One example are “public-private partnership” initiatives which connect an active, self-directed, supportive community with the principles of subsidiarity, demanding priority of social networks over the functionalist workings of a society that is based on organizing everything. The very principle of subsidiarity has been institutionally confirmed by the European Treaties of Maastricht. The studies that make an international comparison of the “third sector” consist of the following areas of research: questions of organization; motivation profiles; problems of legitimacy concerning voluntary and honorary associations; foundations and social movements. Due consideration must be given to national characteristics of the right of association as well as national differences regarding the respective social and political cultures. Moreover, it should be noted that, in the course of European unification, structural and cultural common elements are emerging. This is demonstrated by the regulations and supportive measures of an active policy of subsidiarity on the various levels of the EU – especially in the political sector of social policy as regards work and employment, social security and cultural development.

Anmerkungen:

1) In dieser schwer ins Deutsche übersetzbaren Programmformel („Progettualità“) steckt nicht nur das modisch gewordene „projektierte Denken“ (von Projektorientierung und Projektmanagement), sondern auch die „pro-

gressive“ Ausrichtung auf die fortschrittliche Dynamik „sozialer Bewegungen“.

2) Vgl. Rupert Graf Strachwitz (Hg.): Dritter Sektor – Dritte Kraft. Versuch einer Standortbestimmung. Stuttgart, Raabe.

3) Vgl. Franz-Xaver Kaufmann: Herausforderungen des Sozialstaats. Frankfurt, Suhrkamp 1997.

4) Eckart Pankoke (1999): Sozialethiken und Wohlfahrtskulturen. Grenzen und Schwellen wohlfahrtsstaatlicher Modernität. Erscheint in: Manfred Prisching (Hg.): Ethische Probleme des Wohlfahrtsstaates. Wien 1999.

5) Vgl. Axel Groenemeyer: Die Politik sozialer Probleme. In: Günter Albrecht, Axel Groenemeyer, Friedrich W. Stallberg (Hg.): Handbuch sozialer Probleme. Opladen 1999; S. 11–136.

6) Pankoke, Eckart (1995): „Soziale Frage“, „Sozialpolitik“, „Sozialwissenschaft“. Artikel für: J. Ritter u. a. (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie. Basel, Schwabe.

7) Vgl. Stefan Hradil/ Stefan Immerfall (Hg.): Die Europäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen 1997.

8) Der Vergleich europäischer Wohlfahrtskulturen findet sich in: Josef Schmid: Wohlfahrtsverbände in modernen Wohlfahrtsstaaten. Soziale Dienste in historisch vergleichender Perspektive. Opladen 1996.

Der Autor:

Eckart Pankoke studierte Geschichte, Germanistik und Soziologie in Heidelberg, Hamburg und Münster. Promotion und Habilitation für das Fach Soziologie absolvierte er an der Ruhr-Universität in Bochum; seit 1971 ist er Universitätsprofessor für Soziologie an der Universität Essen. Von 1991 bis 1994 gehörte Pankoke der Gründungskommission Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig an und arbeitete in der Berichtsgruppe Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik in der Kommission für sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern (KSPW) mit. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte liegen auf den Bereichen Gesellschaftlicher Wandel und Gesellschaftspolitik, Kultur und Organisation. Die von ihm initiierten Forschungsprojekte haben ihr Interesse insbesondere auf die Zusammenhänge zwischen Wertewandel, Organisationsentwicklung und institutionellem Engagement in Unternehmen, Verwaltungen, Verbänden gerichtet. Eckart Pankoke ist Vorstandsmitglied und periodisch Sprecher der Sektionen Sozialpolitik und Kulturosoziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie; Mitglied des Beirats der deutschen Sektion des internationalen Verbundprojekts Dritter Sektor (Johns Hopkins University, Baltimore, Maryland, USA); Mitglied in Organen und Ausschüssen (Organisation und Sozialplanung) im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge; Mitglied des Beirats des Kulturwissenschaftlichen Instituts im Wissenschaftszentrum NRW; Peers-Gutachter in der Kommission zur Evaluation der Sozialwissenschaften der Universitäten Bochum, Duisburg und Münster sowie Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Seit 1989 ist er Mitherausgeber und Redaktionsmitglied der Fachzeitschrift „Sociologia Internationalis. Zeitschrift für Kulturosoziologie und Kommunikationsforschung“.

Literatur:

– Andorka, Rudolf (1997): Ost-Mitteleuropa und die Europäische Union: Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten ihrer Gesellschaften. In: Hradil/Immerfall (Hrsg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, S. 549–572.

– Anheier, Helmut K. (1999): Rahmenbedingungen für die Arbeit sozialer Organisationen, Initiativen und Dienste. In: BmFSFJ: Organisationen, Initiativen und Dienste im sozialen Bereich, S. 16–22.

– Aust, Andreas/ Hans-Jürgen Bieling (1996): Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsperspektiven in Westeuropa – zwischen strategischer Konvergenz und institutioneller Vielfalt. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 42, 3, 141–166.

– Bauer, Rudolph (Hrsg.) (1992): Sozialpolitik in deutscher und europäischer Sicht. Rolle und Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege zwischen EG-Binnenmarkt und Beitrittsländern. Weinheim, Deutscher Studien Verlag.

– Biedenkopf, Kurt (1997): Deutschland und Europa. In: E. Pankoke (Hrsg.): Strategisches Denken, S. 27–45.

– Bothmer, Jo (1999): „From Exklusion to full Participation“ – ein Projekt von L.K.U. (National Cadre Training of/by Claimants). In: BmFSFJ: Organisationen, Initiativen und Dienste im sozialen Bereich, S. 53–56.

– Brückers, Rainer (1999): Qualitätsstandards. In: BmFSFJ (Hrsg.): Organisationen, Initiativen und Dienste im sozialen Bereich – ein Motor der Sozialpolitik in Europa.

– Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BmFSFJ) (Hrsg.) (1999): Organisationen, Initiativen und Dienste im sozialen Bereich – ein Motor der Sozialpolitik in Europa (Internationale Konferenz im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 19.–21. 5. 1999 in Aachen).

– Cruciani, Tiziana (1999): OKAPI – Der Übergang von der Freiwilligkeit zu sozialen Unternehmen. In: BmFSFJ: Organisationen, Initiativen und Dienste im sozialen Bereich – ein Motor der Sozialpolitik in Europa, S. 62–68.

– Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (1999): Schwerpunkt: Sozialstaatliche Entwicklungen in Europa: Freie Wohlfahrtspflege, Subsidiarität und Sozialrecht. Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, Schwerpunktheft 4, Frankfurt/M.

– Ertwig, Sylvia (1999): Freie Wohlfahrtspflege im Spannungsfeld nationaler Wohlfahrtspolitik und fragmentierter europäischer Sozialpolitik. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 4/1999: 200–209.

– Europäische Kommission (Hrsg.) (1998): Zweiter Bericht über lokale Entwicklungs- und Beschäftigungsperspektiven. Das Zeitalter der Arbeitsplätze nach Maß. Arbeitsdokument SEK 98, Brüssel.

– Evers, A./J. Kohl/E. Pankoke/Ch. Sachße (1992): Transfer und Transformation. Regionale Profile und sozialpolitische Integration

im Rahmen der europäischen Einigungsprozesse. Fragen an die sozialpolitische Forschung. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 38, – Evers, Adalbert (1997): Freie Wohlfahrtspflege und Europäische Integration. Der Dritte Sektor im geeinten Europa. In: Zeitschrift für Sozialreform 3, 208–226.

– Evers, Adalbert (1999): Lokale Beschäftigungspolitik und der Beitrag des 3. Sektors. In: Sachße u. a. (Hrsg.): Kommunale Beschäftigungspolitik zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt. Kassel, S. 88–109.

– Gaskion, Katharine/Justin Davis Smith/Irtraud Paulwitz u. a. (1996): Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und der Rolle von Volunteer in zehn Ländern. Freiburg, Lambertus.

– Grenzübergreifende Zusammenarbeit Gerontopsychiatrie (1998): Anspruch und Wirklichkeit der ambulanten gerontopsychiatrischen Versorgung. Ein Vergleich Niederlande – Deutschland (Dokumentation). Wiesbaden.

– Hirtz, Frank/Peter A. Köhler/Berndt Schulte (1992): Die „drei Gesichter“ der Armut. Sozialpolitik jenseits des Nationalstaats.

In: Leibfried/Voges (Hrsg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat 1992, 324–344.

– Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan (Hrsg.) (1997): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen, Leske + Budrich.

– Jakob, Gisela (1993): Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographische-analytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Opladen.

– Luhmann, Niklas (1995): Kausalität im Süden. Zeitschrift für Systemtheorie 1, 1995.

– Münch, Richard (1999): Europäische Identitätsbildung. Zwischen globaler Dynamik, nationaler und regionaler Gegenbewegung. In: Willems/Hahn: Identität und Moderne, 465–486.

– Nokielski, Hans (1990): Organisationswandel sozialer Arbeit in den Niederlanden, Habilitationsschrift. Essen.

– Nokielski, Hans/Eckart Pankoke (1996): Post-korporative Partikularität. Zur Rolle der Wohlfahrtsverbände im Welfare-Mix. In: Adalbert Evers/Thomas Olk (Hrsg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrts-gesellschaft. Opladen, S. 142–165.

– Rottmann, Stefan (1999): Europa als Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft. In: W. Weidenfeld (Hrsg.): Europa – Handbuch, S. 874–883.

– Strachwitz, Rupert Graf (Hrsg.) (1998): Dritter Sektor – Dritte Kraft. Versuch einer Standortbestimmung. Stuttgart, Raabe.

– Schulte, Bernd (1999): Freie Wohlfahrtspflege und europäisches Gemeinschaftsrecht. Herausforderungen und Chancen. In: Archiv für Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 4/1999, 210–237.

– Trube, Achim (1997): Zur Theorie und Empirie des zweiten Arbeitsmarktes. Exemplarische Erörterungen und praktische Versuche zur sozioökonomischen Bewertung lokaler Beschäftigungsförderungen. Münster.

– Weidenfeld, Werner (1999): Europa – Handbuch. Gütersloh, Bertelsmann-Stiftung.